

fraktion aktuell



Newsletter der **SPD**-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel

Nummer 8 / 2015

1. Oktober 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossen, liebe Freunde!

Am gestrigen Mittwoch fand die Stadtverordnetenversammlung (SVV) statt. Wir möchten als SPD-Fraktion auch weiterhin die Gelegenheit nutzen, um auf die SVV und die Kommunalpolitik der letzten Tage und Wochen zurückzublicken. Dazu nutzen wir seit nunmehr fast 5 Jahren regelmäßig den Newsletter der SPD-Fraktion.

Doch dieser Newsletter ist mehr als nur bloße Information. Er soll an Sie als Leser auch eine Einladung sein sich einzubringen, mitzudiskutieren und die Kommunalpolitik in Brandenburg an der Havel kritisch und interessiert zu begleiten.

Es würde mich freuen, wenn Sie an unserem Newsletter Gefallen finden.

Für Fragen, Kritik und Anregungen stehen wir Ihnen gerne unter fraktion@spd-stadt-brandenburg.de zur Verfügung.

Ihre/ Eure

Britta Kornmesser



Britta Kornmesser

Persönliche Erklärung in der Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel am 30.9.2015



Sehr geehrte Frau Dr. Martius,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen

Wir haben heute zu Beginn dieser Sitzung zwei Stadtverordnete in unsere Reihen neu aufgenommen. Ich möchte an dieser Stelle beiden eine gute Zusammenarbeit im Dienste und zum Wohle unserer Stadt und ihrer Bürger wünschen.

Ich möchte meine persönliche Erklärung gleichzeitig nutzen meiner Sorge Ausdruck zu verleihen, dass wir Stadtverordnete dieser Verpflichtung im Moment nicht in dem Umfang nachkommen, wie es sein sollte - nicht weil wir es nicht wollen, sondern weil wir nicht in die Lage versetzt werden bzw. außen vor gelassen werden. Denn allzu oft treffen nicht mehr wir die Entscheidungen, sondern Einzelakteure in Parallelstrukturen. Nicht mehr Wahl oder Argument bestimmen die Entscheidungen, sondern Wohlgefälligkeit und Abhängigkeiten.

Wie Sie der Presse entnehmen konnten, bin ich am Montag als Vorstandsmitglied des BUGA-Zweckverbandes zurückgetreten. Da Sie mich in dieses Gremium entsandt haben, möchte ich Ihnen an dieser Stelle meine Gründe darlegen.

Richtig ist, wir alle wollten diese BUGA und auch ich habe meine Stimme dafür gegeben.

Als Mitarbeiterin des Wasser- und Schifffahrtsamtes Brandenburg lag mir insbesondere das Motto „von Dom zu Dom – das blaue Band der Havel“ und die Einbeziehung der Havel am Herzen, denn dadurch sollte dem Wassertourismus in der Region ein zusätzlicher Impuls gegeben werden.

Auch wenn kolportiert wird, ich selbst hätte keine eigene BUGA-Dauerkarte, so habe ich, wohl mehr BUGA-Karten verschenkt, als manch anderer – so z.B. haben Thomas Krüger und ich parteiübergreifend BUGA-Karten für das von Harry Janz organisierte – Opa-Enkel Turnier gesponsert.

Mein Vorwurf am Montag richtete sich nicht gegen die BUGA an sich sondern gegen die mangelhafte Informationspolitik. Trotz meiner Verantwortung als Mitglied im BUGA-Zweckverbandsvorstand wurde ich über Monate systematisch von Informationen ausgeschlossen und wurde daher nicht in die Lage versetzt, mein Amt verantwortungsbewusst wahrnehmen.

Entscheidungen wurden nicht in den demokratisch legitimierten Gremien getroffen, sondern in Zirkeln und Netzwerken. Informationen wie die Entwicklung der Besuchszahlen, des entstehenden Defizites, des Krisenmanagements nach den verheerenden Stürmen am Standort Rathenow – alles Informationen, die einfacher aus örtlichen Zeitungen zu erhalten waren als von der Zweckverbandsvorsteherin oder ihrem Geschäftsführer.

Ich möchte Ihnen nachvollziehbar darstellen, wie meine Arbeit im Zweckverbandsvorstand seit Jahresbeginn abgelaufen ist.

Vor Eröffnung der BUGA fand die letzte Sitzung des Vorstandes und der Verbandsversammlung Mitte Februar statt.

- Da es seit BUGA-Eröffnung bis Mitte Juni keinerlei Informationen an die Mitglieder des Zweckverbandes gab und ich auch nur aus der Zeitung von dem tödlichen Unfall in Rathenow erfuhr, habe ich mit Schreiben vom 17.06.2015 Frau Dr. Tiemann als Vorstandsvorsteherin angeschrieben und darauf hingewiesen, dass die Zweckverbandsversammlung das wesentliche Aufsichtsorgan des Zweckverbandes ist und aufgrund der aktuellen Ereignisse aber auch um die bisherige Entwicklung der BUGA auszuwerten es dringend geboten ist, dass die Gremiumsmitglieder die erforderlichen Informationen erhalten. In dem Schreiben bat ich als Vorstandsmitglied darum, kurzfristig eine Zweckverbandsversammlung oder zumindest eine Vorstandssitzung einzuberufen.
- Auf meinen Brief erhielt ich keine Antwort.
- Die nächste reguläre Vorstandssitzung und Zweckverbandsversammlung fand dann zur BUGA-Halbzeit am 02.07.2015 statt. Hier habe ich zu Protokoll gegeben, dass ich mich als Vorstandsmitglied völlig unzureichend informiert sehe und meiner Verantwortung daher nicht nachkommen kann und Informationen eingefordert.
- In der Sitzung teilte Frau Dr. Tiemann dem Vorstand dann mit, dass es nicht angedacht sei, dass wir Zahlen bekommen, weder die bisherige und prognostizierte monetäre Entwicklung noch die

Besucherzahlen auf die einzelnen Standorte bezogen. Dieses Verhalten der Verbandsvorsteherin führte zu einem Eklat im Vorstand. Die Mitglieder forderten die Zahlen ein, ein Mitglied stellte sogar fest, dass es ohne konkrete Zahlen nicht den Raum verlassen werde.

- Erst daraufhin wurden der aktuelle Stand und die Prognose für Oktober durch den Geschäftsführer dargelegt. Hier wurde festgestellt, dass die Besucherzahlen bis dato um 20 % verfehlt wurden und bei einer weiteren derartigen Entwicklung mit einem Defizit am Ende von 4,5 Mio € zu rechnen ist.
- Durch die Vorstandsmitglieder wurde im Rahmen der Sitzung massiv eingefordert, dass ab sofort eine regelmäßige Information hinsichtlich der weiteren Entwicklung und Schwierigkeiten gibt. Dies wurde durch die Verbandsvorsteherin und den Geschäftsführer zugesagt.
- Seit dem 02.07.2015 habe ich vom Zweckverband jedoch keinerlei weitere Informationen erhalten.
- Am Rande einer Veranstaltung am 01.09. habe ich erfahren, dass sich das prognostizierte Defizit der BUGA inzwischen auf ca. 8 Mio € belaufen soll. Ich habe am gleichen Tag Frau Dr. Tiemann dazu angesprochen und darum gebeten, dass kurzfristig der Vorstand einberufen wird, um über die aktuelle Entwicklung informiert zu werden. Sie sagte mir dies zu.
- Entgegen der Zusage erfolgte keine kurzfristige Einberufung des Gremiums.
- Mit Schreiben vom 02.09.2015 erhielt ich dann eine Einladung zum 28.09.2015 (also für 4 Wochen später) mit der Begründung, dass der Beschluss einer 2. Nachtragshaushaltssatzung zu fassen sei. Unterlagen dazu waren nicht beigefügt und sollten nachgereicht werden.
- Mit Erstaunen musste ich am 15.09.2015 dann dem Pressespiegel entnehmen, dass am Mittwoch, den 16.09.2015 ein Pressegespräch „Zwischenbilanz Besucherzahlen“ stattfinden soll, zu der die Zweckverbandsvorsitzende Fr. Dr. Tiemann einlädt.
- Ich frage Sie: Das Zuständige Aufsichtsorgan bekommt keine Informationen und keine Zahlen – aber die Presse?
- Ich habe daraufhin Frau Dr. Tiemann am 15.09. angeschrieben und ihr mitgeteilt, dass der Zweckverbandsvorstand seit dem 02.07.2015 keine Informationen erhalten hat und darauf verwiesen, dass diese Informationen am 02.07. von den Vorstandsmitgliedern eingefordert und von ihr zugesagt wurden. Ich habe Frau Dr. Tiemann mitgeteilt, dass ich mich unter den gegebenen Voraussetzungen (völlig unzureichende Einbindung und Information des Zweckverbandsvorstandes) nicht in der Lage sehe, dem Nachtragshaushalt und dem HSK zuzustimmen.
- Auf meine E-Mail habe ich keine Antwort erhalten.
- Mit Verwunderung haben Frau Patz und ich dann zur Kenntnis genommen, dass auf der Tagesordnung des Stadtentwicklungsausschusses für September der Punkt „BUGA-Berichterstattung fehlt“. Ich erinnere: Der Stadtentwicklungsausschuss ist der für die BUGA zuständige Ausschuss unserer SVV. Es war daher mehr als erstaunlich, dass dieses wichtige Thema nicht auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Frau Patz und ich haben umgehend bei der Ausschussvorsitzenden beantragt, dass die BUGA-Berichterstattung auf die Tagesordnung kommt. Aus formalen Gründen, wurde diesem Begehren nicht stattgegeben. Eine entsprechende Berichterstattung im Ausschuss erfolgte nicht.
- Ende letzter Woche erhielt ich dann die zur Abstimmung am 28.09. vorgesehene Vorlage „2. Nachtragshaushaltssatzung und das HSK“ zugesandt. Diese Unterlage wies nun ein erwartetes Defizit von über 11 Mio € aus und enthielt u.a. den Hinweis, dass von den zu erwartenden Erlösen aus Eintrittskarten nur rd. 60 % erreicht werden.
- Meine Nachfrage beim Rechnungsprüfungsamt unserer Stadt, ob es die Vorlage kenne, wurde mit nein beantwortet. Hierzu ist anzumerken, dass unser RPA vertraglich zur Prüfung der Jahresabschlüsse des Zweckverbandes gebunden ist und natürlich auch diese grundsätzliche Beschlussvorlage hätte zur Kenntnis und Prüfung bekommen müssen. Also auch das RPA wurde nicht informiert und außen vor gelassen.

Mit dieser Vorgeschichte bin ich nun am Montag zur Vorstandssitzung gefahren.

- Ich habe den Geschäftsführer und die Verbandsvorsteherin Frau Dr. Tiemann dort gefragt, warum ich seit 02.07. keinerlei Informationen bekommen habe, obwohl ich diese mehrfach eingefordert habe. Der Geschäftsführer teilte darauf hin mit, dass es dazu in der letzten Sitzung ja keinen förmlichen Beschluss gegeben habe.

Sehr geehrte Stadtverordnete ich frage Sie, seit wann bedarf es eines förmlichen Beschlusses, um als Gremiumsmitglied die erforderlichen Informationen zu bekommen??

Auf meine Frage, ob es eine Anweisung gab, die Informationen zurückzuhalten erhielt ich vom Geschäftsführer die Antwort: dass er sich dazu nicht äußern werde und auch ansonsten nichts mehr sagen werde. Nach zähem Fragen war festzustellen, dass offensichtlich ab Anfang Juli die Bürgermeister der Kommunen als Vorstandsmitglieder kontinuierlich über den zunehmend negativen Verlauf der BUGA informiert wurden und ich auf Anordnung oder zumindest mit dem Wissen von Frau Dr. Tiemann als einziges Vorstandsmitglied keinerlei Informationen erhalten habe. Ich wurde also bewusst außen vorgelassen.

Der Vorstand hat also ab Juli sehenden Auges im stillen Kämmerlein zugesehen, wie der BUGA-Zug finanziell in den Abgrund rast, weder die Zweckverbandsversammlung als Aufsichtsorgan noch andere Gremien informiert und auch keine Sitzungen einberufen, um die kritische Lage gemeinsam zu analysieren oder sich weitere Gegenmaßnahmen zu überlegen.

Sehr geehrte Stadtverordnete, ich habe wirklich versucht über 6 Jahre mit Herzblut in diesem Gremium mitzuarbeiten. Aber da man mich jedoch vorsätzlich von allen Informationen abgeschnitten hat, sah ich mich persönlich nicht mehr in der Lage, weiter in diesem Gremium mitzuarbeiten und meiner Verantwortung gerecht zu werden und ich glaube jeder von Ihnen hätte an meiner Stelle das Mandat niedergelegt.

Ich stelle nicht die BUGA infrage, dafür haben wir alle gemeinsam gekämpft. Die BUGA war und ist unbestritten für die Region ein enormer Gewinn und hat uns nicht nur städtebaulich, sondern auch touristisch sehr vorangebracht.

Die Idee war gut – war hervorragend, aber im Ergebnis ist festzustellen, dass das Controlling versagt hat.

Frau Dr. Tiemann, sie haben als Verbandsvorsteherin und Oberbürgermeisterin bewusst die reale Entwicklung der BUGA verschwiegen und die SVV in dem Glauben gelassen, dass alles gut läuft. Sie wissen es seit vielen Wochen besser.

Indem essentielle Informationen vorsätzlich vorenthalten werden, im Hinterstübchen BUGA-Vereine gegründet werden, die zuständigen Gremien nicht informiert und absichtlich außen vor gelassen werden, machen Sie es unmöglich, auf Augenhöhe mit Ihnen zusammen zu arbeiten.

Es funktioniert nicht, in guten Zeiten in jede Kamera zu lächeln und allein in der Sonne zu stehen und wenn es nicht mehr so gut läuft Gemeinsamkeit und Solidarität einzufordern. Das ist keine Basis und kein fairer Umgang.

Der richtige Weg wäre gewesen offensiv und ehrlich die aufgetretenen Probleme zu benennen, die zuständigen Gremien und die Stadtverordneten einzubinden und gemeinsam zu versuchen Ideen und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Aber diesen fairen Umgang wollten Sie nicht.

Ich bin schon sehr gespannt, welche Vorschläge aus der sogenannten Taskforce zur Bundesgartenschau zu hören sein werden, wenn am 11. Oktober die Buga-Tore geschlossen werden. Ich ahne, dass die Taskforce, deren Erfolg und gute Zusammenarbeit von Ihnen immer wieder gelobt wurde, schnell verschwinden wird. Ich bedauere es nicht, denn Schattengremien brauchen wir in dieser Stadt nicht. Wir brauchen Transparenz und Offenheit.

Wenn wir als Stadtverordnete aus der Zeitung erfahren, wie die Nachnutzung der BUGA-Areale erfolgt, welche Betreiber und welche Vereine dort aktiv sind – dann frage ich mich, wozu wir unsere Freizeit in dieser SVV aufbringen.

Ich wurde für den Hinweis, dass Leistungen zum Unterhalt des Buga-Areals nach der BUGA öffentlich ausgeschrieben werden müssen, schon kritisiert. Dabei habe ich doch nur auf eine Tatsache hingewiesen, die selbstverständlich ist.

Und dass solche Entscheidungen in der SVV oder in ihren Ausschüssen zu fällen sind, ist ebenso selbstverständlich. Für manche scheint es aber sehr kränkend, dass demokratische Gremien und Stadtverordnete als Sachwalter der kommunalen Finanzen Fragen stellen.

Wenn man konkrete Fragen stellt, dann heißt es die Politik solle sich heraushalten. Gut, halten wir uns heraus. Ich bin schon sehr gespannt, welche Mittel ein bürgerschaftlich engagierter Verein aufbringen wird, um sich an der Unterhaltung der Buga-Flächen auf dem Marienberg zu beteiligen. Aus meiner Sicht spricht auch nichts dagegen, einem Verein die Nachsorge und Unterhaltung der Buga-Areale zu übertragen, doch spätestens, wenn wir öffentliche Mittel in Größenordnungen an Private weiterreichen sollen, werde ich Fragen stellen.

Schauen wir gemeinsam in unsere Partnerstadt in der pro Jahr 2 Millionen Euro für den Unterhalt der ehemaligen Gartenschau Kaiserslautern aufgewendet werden. Ich muss Herrn Scheller gar nicht persönlich fragen, ob wir 2 Millionen Euro für den Unterhalt des Areals am Marienberg in der mittelfristigen Finanzplanung pro Jahr zu Verfügung hätten.

Wir müssen uns gemeinsam die Frage stellen, wie können die Buga-Areale, weiterhin ihren Glanz behalten. Hier sind die Stadtverwaltung, die Stadtverordneten und die Bürgerschaft gemeinsam gefordert. Aber nur gemeinsam miteinander. In diesem Prozess brauchen wir Offenheit, Transparenz und Teamgeist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen sicherstellen, dass wir selbst in unserer Stadt demokratische Regeln einhalten. Wir können nicht auf der einen Seite kraftvoll und gemeinsam für die Kreisfreiheit streiten um Selbst- und Mitbestimmungsrechte für unserer Stadt zu sichern und auf der anderen Seite zulassen, dass solche Rechte ausgehöhlt, beschnitten oder umgangen werden.

Udo Geiseler

Schulentwicklungsplan einstimmig beschlossen.

(Platzkapazität an den Schulen weiter beobachten.)



Gestern beschloss die Stadtverordnetenversammlung einstimmig den Schulentwicklungsplan bis 2020. Darin enthalten ist auch die Einrichtung einer neuen Grundschule in der Innenstadt.

Diese Grundschule war nötig geworden, weil die Zahl der Einschulungen in den kommenden Jahren steigen wird und die Kapazitäten der vorhandenen Grundschulen innerhalb des Zentrumsrings nahezu erschöpft sind. Wir freuen uns, dass es wieder mehr Kinder gibt und

unsere Stadt jünger wird. Und wir müssen uns natürlich auch um deren Bildung und Ausbildung kümmern. Deswegen begrüßen wir es, dass die Stadt mit der Einrichtung einer neuen Grundschule auf diese Entwicklung reagiert.

Allerdings erwarten wir, dass auch mittel- und längerfristig geplant wird. Irgendwann kommen die geburtenstärkeren Jahrgänge an weiterführenden Schulen. Die Verwaltung stellt in ihrem Schulentwicklungsplan selbst fest, dass es an Gymnasien und Oberschulen dann Raumprobleme geben könnte. Auch wir als SPD-Fraktion sehen dieses Problem, ebenso wie einige Schulkonferenzen, wie aus deren Stellungnahmen hervorgeht (u.a. der des von-Saldern-Gymnasiums/Europaschule und des Brecht-Gymnasiums). Die Verwaltungsvorschläge, wie man diesem Problem begegnen könnte (u.a. durch Anmietung von Fremdräumen, Schichtunterricht, Unterricht in fachfremden Räumen) können nicht die Lösung sein.

Aus diesem Grund hatte die SPD-Fraktion einen Ergänzungsantrag eingebracht, mit dem die Verwaltung beauftragt wird, die Lösung der Raumfrage langfristig anzugehen und zunächst bis Oktober 2016 ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten. Da die SVV diesem Antrag folgte, konnten wir dem gesamten Schulentwicklungsplan letztendlich zustimmen.

Dem SPD-Antrag, den Neubau eines Schulzentrums in Innenstadtnähe zu prüfen, ist die SVV leider nicht gefolgt. Ein Schulzentrum vereinigt mehrere Schulformen unter einem Dach. Aus unserer Sicht würde ein solches Zentrum aus Grundschule (am besten mit anliegendem Hort), Oberschule und Gymnasium die gesamte Schullandschaft nicht nur in der Innenstadt entspannen und die Raumfrage langfristig lösen. Darüber hinaus könnte man auf die von Schüler/innen angestrebten Abschlüsse flexibler reagieren, indem man – je nach Bedarf – in einem Jahr mehr Oberschul-, in anderen Jahren dagegen mehr Gymnasialklassen aufmacht.

Die SPD-Fraktion hätte Nutzen und Chancen einer solchen Schulform für unsere Stadt, für das Umland und vor allem für die Bildung unserer Kinder gern unvoreingenommen prüfen lassen.

Die Mehrheit der Abgeordneten in der SVV folgte unserem Vorschlag leider nicht. Dass aber auch Abgeordnete aus anderen Fraktionen für unseren Antrag stimmten, zeigt, dass auch sie über Möglichkeiten nachdenken, wie die Platzkapazität an unseren Schulen nachhaltig garantiert werden kann.

Dirk Stieger

Fortsetzung der Kreisfreiheitskampagne Stadt und Umland - gemeinsame Perspektive entwickeln



In einer beispielhaften und gemeinsam getragenen Aktion ist es unserer Stadt gelungen, dem Wunsch zum Erhalt der Kreisfreiheit unserer Stadt auch in Potsdam Gehör zu verschaffen. Hier sei nur an die gemeinsame Protestaktion vor dem Landtag in Potsdam, an das Bürgerfest auf dem Altstädtischen Markt und den "Bürgerdialog" im Stahlpalast erinnert.

Doch kann sich aus unserer Sicht eine über Monate, ja über Jahre zu führende Kampagne nicht darin erschöpfen. Wir haben daher jetzt - zur richtigen Zeit - eine Beschlussvorlage in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, mit der wir dazu auffordern wollen, gemeinsam in der SVV die Frage zu beantworten, ob wir als Stadt vor dem Hintergrund der laufenden Leitbilddebatte auch bereit sind, uns zu verändern.

Diese Frage zielt auf die von uns vor wenigen Tagen vorgestellte Stadtkreis-Idee ab. Wir wollen den Status der Kreisfreiheit unserer Stadt erhalten. Mehr noch: Wir sind bereit, die Kreisfreiheit weiterzuentwickeln zu einem Modell, in dem unsere Stadt gemeinsam mit den Umlandgemeinden gemeinsame Perspektiven entwickeln kann. Für die uns umgebenden Umlandgemeinden und die dort lebenden Bürger ist unsere Stadt schon heute der Mittelpunkt, der Ort zum Arbeiten, zum Einkaufen, für Dienstleistungen, für Kunst und Kultur, der Standort für Bildung und Gesundheit.

Wenn es dann bei der Leitbilddebatte um effektivere Verwaltungsstrukturen bei gerade auf dem Land rückläufiger Bevölkerungsentwicklung geht, dann kann eine sinnvolle Überlegung darin liegen, von Seiten der Stadt auf die Umlandgemeinden mit einem Angebot zu mehr Kooperation und Zusammenarbeit und im Ergebnis der Perspektive einer gemeinsamen einheitlichen Verwaltungsstruktur als Ortsteile der weiterhin kreisfreien Stadt zuzugehen.

Das geht aber aus unserer Sicht nur, wenn wir uns als Stadt selbst bewegen und bereits heute zeigen, dass wir bereit sind, den Ortsteilen weitergehende Aufgaben, Rechte und Befugnisse einzuräumen und ihre Gremien - Ortsvorsteher und Ortsbeiräte - zu stärken. Wir sind davon überzeugt, dass es nur so gelingen kann, bei den Umlandgemeinden für eine gemeinsame Perspektive zu werben.

Gerade weil wir wissen, dass die Leitbilddebatte auch an den Umlandgemeinden nicht spurlos vorbeigehen wird, sind hier Gesprächsangebote sinnvoll. Nach dem Leitbildentwurf soll es hauptamtliche Verwaltungen künftig nur in gemeindlichen Strukturen mit mindestens 10.000 Einwohner geben. Ein Gebilde aus den heutigen Gemeinden der Ämter Beetzsee, Wusterwitz und Ziesar wäre dann eine Gemeinde. Wir wollen jetzt mit dem Umlandgemeinden besprechen, ob es dann nicht sinnvoller sein kann, die anfallenden Aufgaben und Dienstleistungen viel bürgernaher und kompetent in der Stadt Brandenburg an der Havel zu erledigen. Dabei können wir bereits heute mit der Veränderung der Hauptsatzung den Ortsteilen, Ortsvorstehern und Ortsbeiräten weitergehende Rechte und Befugnisse einräumen. Damit wollen wir deutlich machen, dass auch und gerade bei einer gemeinsamen Perspektive die örtliche Identität erhalten werden kann und Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte gesichert werden können.

Nur: Zuerst muss unsere Stadt sich dazu bekennen, ob sie bereit ist diesen Weg zu gehen. Die Befassung mit unserem Beschlussantrag wird dazu Antworten geben.

Nicole Näther

Verbesserung der Internetpräsenz zum Thema Flüchtlingshilfe



Bisher waren die Informationen auf der städtischen Internetseite zum Thema Flüchtlingshilfe völlig unzureichend. Daher hat die SPD-Fraktion einen Antrag an die Stadtverordnetenversammlung gestellt mit der Forderung, dass die Stadt Brandenburg den Bürgern auf der städtischen Internetseite schnellstmöglich bessere Informationen zu aktuellen Fragen der Flüchtlingspolitik und -hilfe bietet. Bis zur Antragstellung vor einer Woche war auf der städtischen Homepage nicht mehr als ein magerer E-Mail-Kontakt zu finden.

Hintergrund des Antrages ist die gestiegene Flüchtlingszahl in der Stadt und deutliche Signale von Bürgern, dass sie helfen wollen, aber nur wenig Informationen darüber erhalten, was benötigt wird und an wen sie sich wenden können.

In das zu erweiternde Internetportal sollen Informationen zu Ansprechpartnern in der Verwaltung mit konkreter Benennung der Aufgabenbereiche und der Erreichbarkeit, Ansprechpartnern für ehrenamtliches Engagement mit Kontaktdaten, Hinweise zu Möglichkeiten der Unterstützung und Aufbau einer Willkommenskultur, Presseveröffentlichungen und aktuelle Informationen der Verwaltung aufgenommen werden.

Nach Antragstellung durch die SPD-Fraktion hatte die Verwaltung ihre Informationen auf der Internetseite bereits so erweitert, dass nunmehr z. B. Ansprechpartner für Angebote zur Wohnungsunterbringung oder des DRK für Geld- und Sachspenden zu finden sind. Hier besteht jedoch noch erheblicher Ergänzungsbedarf. Der Antrag zur Verbesserung der Internetpräsenz für den Bereich der Flüchtlingshilfe wurde durch die Stadtverordneten in der letzten SVV mehrheitlich beschlossen.

Norbert Langerwisch

Bebauung am Gallberg beschlossen



Ohne Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung und einstimmig wurde am 30.09.2015 beschlossen, am Gallberg, östlich der A.- Bebel- Str. einen Bebauungsplan aufzustellen.

Dort, wo vor einigen Jahren noch ein Berufsschul- und Verwaltungsstandort existierte, dessen Gebäude zwischenzeitlich abgerissen worden sind, soll ein attraktiver Wohn- und Betreuungsstandort für Senioren und Menschen mit Behinderungen entstehen. Es werden an diesem Standort Dienstleistungs-, Therapie- und Freizeitangebote entwickelt.

Dazu ist eine Investorengemeinschaft aus der Stadt Brandenburg an der Havel vertreten durch den Eigenbetrieb Zentrales Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, der Lebenshilfe Brandenburg – Potsdam e.V., der Senioren- und Pflegezentrum Brandenburg GmbH sowie der Promnitz-Service GmbH entstanden. Die Diskussion im Hauptausschuss und insbesondere im Stadtentwicklungsausschuss ist ausführlich und, wie am Abstimmungsverhalten auch in der SVV zu sehen ist, mit erkennbarem Erfolg erfolgt.

Nicole Näther

Kompromiss bei der Erhöhung der Taxi-Beförderung



Der Vorschlag zur Neufassung der Taxenordnung durch die Verwaltung sah drastische Erhöhungen bei der Taxi-Beförderung vor. Gerade bei Kurzfahrten sollten die Preise bis zu 63 % steigen, also z. B. bei einer 4 km-Fahrt von 9,80 € auf 15 €. Die Verwaltung stützte sich dabei auf ein Gutachten, das zu dem Schluss kommt, unter den derzeitigen Bedingungen würde eine adäquate Altersvorsorge der Fahrer nicht möglich sein.

Die Mitglieder der SPD-Fraktion sprachen sich vor der Sitzung gegen eine Erhöhung in dem Ausmaß aus, da wir befürchten, dass die Taxi-Unternehmen mit erheblichen Kundenrückgängen zu rechnen haben.

In der Diskussion unter den Stadtverordneten wurden gegensätzliche Argumente ausgetauscht. Dabei wurde aber auch deutlich, dass Stadtverordnete aus den anderen Fraktionen diese Befürchtungen teilen. Die CDU-Fraktion hatte hierzu einen Änderungsantrag eingereicht, der vorsieht, ab dem 15.12.2015 die Taxigebühren zunächst um zwei Drittel zu erhöhen und in einem nächsten Schritt zum 15.12.2017 die weitere Erhöhung um ein Drittel. Diesem Kompromissvorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Udo Geiseler

„Freunde der Kunsthalle Brennabor“ in der SVV



In der Fragestunde der SVV stellte Frau Solveigh Calderin den neu gegründeten Verein „Freunde der Kunsthalle Brennabor“ vor, der es sich zum Ziel gemacht hat, die Stadt beim Betreiben der Kunsthalle Brennabor zu unterstützen.

Nachdem sich das Theater aus dem Betrieb der Kunsthalle zurückgezogen hat, ist nun wieder die Stadt für das Programm der Kunsthalle zuständig. Bis 2025 besteht eine Zweckbindung der Halle als Ausstellungsort für moderne Kunst. Insofern ist es sehr erfreulich, dass es nun einen Verein gibt, der die Kulturverwaltung ehrenamtlich unterstützt.

Auffallend: In den letzten Monaten haben sich neben dem Verein „Freunde der Kunsthalle Brennabor“ auch Vereine gegründet, die sich der Entwicklung des Stadtmuseums bzw. des Marienberges verpflichtet sehen. Neben vielen anderen Vereinen spielen sie eine wichtige Rolle bei der Pflege unseres kulturellen Erbes und verdienen damit die besondere Unterstützung der Stadt und ihrer Bürger.

Neues Mitglied der Fraktion



Für Daniel Keip war die gestrige Stadtverordnetenversammlung ein Debüt.

Er war im August für Anett Schulze nachgerückt, die inzwischen zweifache Mutter geworden ist. Der Politik- und Verwaltungswissenschaftler ist mit 29 Jahren der jüngste unter den aktuellen Stadtverordneten.

Schon als 17jähriger konnte er als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales erste politische Erfahrungen sammeln.